

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

1.4.1925 (No. 77)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postbesitzer:
Karlsruhe
Nr. 3518

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. W. v. S.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Geldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kasseeintrag gilt und vorzuziehen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anträge auf Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, Zwangsweiser Verbreitung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böser Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluss erfolgen.

Zwangs-Kapitalsgemeinschaft aller Wohnungsinhaber

Ein neuer Vorschlag zur Behebung des Wohnungsmangels

Zu nächstehenden feien neue Vorschläge von Gerichtsassessor Dr. Euthoff-Gräß, Syndikus des Bezirksvereins Offenb., e. V., zur Wohnungsfrage wiedergegeben:

Der Denkschrift, die das badische Ministerium des Innern kürzlich dem Landtag über Wohnungsfragen hat zugehen lassen, ist zu entnehmen, daß in Baden am 1. Januar 1920 der Bedarf an Wohnungen 12523 betragen hat, daß bis zum 1. April 1922 die Zahl der wohnungsuchenden Haushaltungen auf 26 169 und bis zum 1. April 1924 auf 31 441 gestiegen war. Ähnlich ungünstig liegen die Wohnungsverhältnisse in den anderen deutschen Ländern.

Alle die zahlreichen in den letzten Jahren zur Förderung des Wohnungsbaues unternommenen staatlichen wie privaten Bemühungen haben also nicht einmal eine starke Zunahme des Wohnungsmangels zu verhindern vermocht. Man muß sich deshalb endlich einmal darüber klar werden, daß jedenfalls, wie die Verhältnisse heute liegen, eine völlige Behebung des Mangels mit den bisher veruchten oder empfohlenen Mitteln in absehbarer Zeit einfach unmöglich ist, weil die dazu erforderlichen Geldmittel unerschwinglich sind; es müßten dazu — die zurzeit gültigen Durchschnitts-Verrentungskosten von 10 000 Mark je Wohnung zugrundegelegt — in Baden allein rund 320 Millionen, im ganzen Reich bei etwa 1,5 Millionen fehlender Wohnungen rund 15 Milliarden Mark aufgebracht werden. Das sind Summen, die, auch etwa auf 10 Jahre verteilt, durch Steuern, gleichviel welcher Art, einfach nicht beschafft werden können, weil solche für diesen einen Zweck ebenso hoch sein müßten, wie der gesamte übrige Steuerertrag, der im Reich für die nächsten Jahre auf 2,5 Milliarden Reichsmark jährlich veranschlagt worden ist; eine fast doppelt so hohe Belastung mit Steuern würde die Kaufkraft so schwächen und die Produktionskosten (durch Abwälzung der Steuer) so erhöhen, daß bald jede Konkurrenz mit dem Ausland unmöglich wäre. Der Versuch, größere Summen für Bauzwecke aus dem Ausland zu bekommen, ist auch gescheitert; glücklicherweise, denn selbst bei günstigen Zinsen- und Amortisationsbedingungen wären weitere Auslandsbelastungen bei der jetzt schon vorhandenen Passivität unserer Handelsbilanz — im Dezember 1924 bereits über 500 Millionen Goldmark — und angesichts der Summen, die durch die Zahlungen nach dem Dawes-Plan dem Reich an das Ausland ohne jede Gegenleistung verloren gehen — es sind im Jahre 1925 761 im Jahre 1926 1408, im Jahre 1927 1812, im Jahre 1928 2293, im Jahre 1929 2500 Millionen Reichsmark — für unsere Volkswirtschaft gar nicht mehr tragbar; daher auch das Verbot der Reichsregierung, das Privatkapital schließlich wird freiwillig in der erforderlichen Höhe eben einfach nicht zur Verfügung gestellt und zwar nicht nur wegen der Wohnungsnot, sondern auch aus anderen, an der Beseitigung des Wohnungsmangels kein so großes Interesse zu haben glaubt, und sein Geld in anderer, weniger schwerbeweglicher Weise anlegt.

Und damit kommen wir zu dem, was eigentlich heute den Fernpunkt unseres Wohnungsmangels bildet: Es ist gar nicht so sehr ein wirklich vorhandener Kapitalmangel — der an sich natürlich auch besteht — als vielmehr die Verzettlung der vorhandenen Gelder und ihre Verwendung zu Zwecken, die nicht so dringend wie der Wohnungsbau, teilweise sogar für unsere Volkswirtschaft schädlich, jedenfalls aber zurzeit für sie nicht tragbar sind. Auch das machen einige Zahlen an besten klar: In einer mittleren badischen Stadt, die durch französische Besetzung wirtschaftlich schwer geschädigt worden ist, sind doch allein im Jahre 1924 rund 500 000 Goldmark neues Sparcapital auf der Sparkasse angelegt worden; ähnliche Zahlen ergeben sich in vielen anderen Gemeinden, und das ist nicht verwunderlich, weil die Durchschnitts-Kapitalrendite — Gehälter, die sich 1921 und 1922 im allgemeinen zwischen 40 und 70 Prozent der Friedenssätze bewegten, inzwischen auf etwa 80 bis 110 Prozent gestiegen sind. Daraus erklärt es sich weiter, daß der Verbrauch von Schnaps, Tabak, Kaffee, Sekt und dergl., der in den Jahren 1921 und 1922 sehr stark zurückgegangen war, in den Jahren 1923 und 1924 schon wieder dem Stand der Vorkriegszeit sehr nahe kam. Dazu kommen die zahlreichen Auslands-Veranlagungsreisen, die bald mehr Deutsche in Schweizer- und italienische Kurorte als in die Schwarzwaldbäder führen. Alles das u. v. a. m. zeigt, daß an sich in der Deutschen Volkswirtschaft immer noch eine recht erhebliche Kapitalkraft steckt, deren Verwendung zu beliebigen Zwecken in normalen Zeiten eine Selbstverständlichkeit ist, die aber jetzt, da Deutschland unter den Lasten des verlorenen Krieges und des Versailler Vertrages seufzt, nötigenfalls unter staatlichem Zwang in erster Linie solchen Zwecken nutzbar gemacht werden muß, die am dringendsten sind, und für die freiwillig nicht genügend Mittel aufgebracht werden.

Ein Versuch, das in der gesamten Einwohnerschaft verteilte Kapital zwangsweise für Bauzwecke zu erfassen, muß, ähnlich wie es im Sozial-Versicherungswesen geschehen ist, eine große Masse solcher Personen zum Ausgangspunkt nehmen, die gleichermaßen ein Interesse an der Beseitigung des Wohnungsmangels haben. Eine solche Gruppe bilden nicht die Hauseigentümer, wohl aber die Gesamtheit der Inhaber einer Wohnung, denn ihnen fehlt zurzeit jede Auswahlmöglichkeit; sie sind in der Freizügigkeit fast völlig gelähmt, und sie laufen die sichere Gefahr, daß in absehbarer Zeit die Mieten infolge des viel zu geringen Wohnungsangebots außerordentlich steigen.

gen. Aus der Gesamtheit der Wohnungsinhaber müßte daher die für Bauzwecke erforderliche Summe herausgeholt werden, und zwar auf dem Wege der von Staatswegen und zwangsweise erfolgenden Bildung von Kapitalgemeinschaften aller Wohnungsinhaber eines bestimmten Bezirkes in der Weise, daß je Wohnraum monatlich ein bestimmter Beitrag zu leisten wäre, der natürlich nach der Zahl überflüssiger Räume, nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen und eventuell noch nach vielen anderen Gesichtspunkten gestaffelt werden könnte. Mit diesen Beiträgen würde die Geschäftsstelle der Zwangsgemeinschaft, die natürlich mit Finanzamt, Wohnungsamt, Stadtbauamt usw. eng zusammenarbeiten würde, sofort die Neubautätigkeit aufnehmen. Die Zwangsgemeinschaft selbst würde am besten, ähnlich wie eine Aktiengesellschaft, gestaltet und würde vor allem Aktien, etwa über je 200 Mark, herausgeben, welche die Beitragspflichtigen nach Verhältnis der geleisteten Beiträge erhalten, und die für sie den Vermögensanteil darstellen würden, der ihnen an den neubauten Häusern sowie eventuell an Dividenden an Gestalt der Mieteinnahmen zu kommen würde.

Ich habe an Hand der Verhältnisse einer mittleren badischen Stadt berechnet, daß durchschnittlich je Raum und Monat ein Beitrag von etwa 3 Mark geleistet werden müßte, damit unter Mitbenützung der zurzeit für Bauzwecke schon verfügbaren Gelder in 10 Jahren der Wohnungsmangel beseitigt wäre. Das ist natürlich immer noch eine Belastung, die für die Allgemeinheit nur tragbar sein wird, wenn der Bedürftige sie gewissermaßen abwälzen kann. Das wäre möglich, wenn die Aktien veräußert wären, und auch für Dritte ein Anreiz zum Kaufen bestände, etwa dadurch, daß Wohnungsgeld nur dann in den neuen Häusern eine Wohnung erhalten könnten, wenn sie eine ihrem Einkommen oder Vermögen entsprechende Zahl von Aktien besäßen; es könnte für diese Aktien ferner Steuerfreiheit oder eine wesentliche Steuererleichterung gewährt werden, usw.

Weitere Einzelheiten der Ausgestaltung können hier natürlich nicht erörtert werden. Wesentlich sei nur nochmals der staatliche Zwang hervorzuheben, ohne dessen Anwendung nicht alle Wohnungsinhaber zusammengefaßt werden könnten. Eine reichsrechtliche Grundlage für solchen Zwang ist bereits in Artikel 151 der Reichsverfassung vorhanden, wonach die Ordnung des Wirtschaftslebens den Grundrissen der Gerechtigkeit mit dem Ziele der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen muß und gesellschaftlicher Zwang im Dienst übertragener Forderungen des Gemeinwohls zulässig und dem Sinn der Verfassung nach geboten ist. Es können ferner vielleicht jetzt schon die §§ 7 und 11 der Badischen Gemeindeordnung die Grundlage eines selbständigen Vorgehens einzelner Gemeinden abgeben.

Die Ministerpräsidentenwahl in Preußen

Der Demokrat Höpfer-Wschöff gewählt

Unerwartenderweise wurde am Dienstag der demokratische Abgeordnete und preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Wschöff zum preussischen Ministerpräsidenten gewählt. Die Wahl war, wie die „N. W. Landzeitung“ meldet, das Ergebnis eines Kompromisses innerhalb der Parteien der Weimarer Koalition. Die Sozialdemokraten hatten ihrerseits der früheren Ministerpräsidenten Otto Braun vorgeschlagen, während vom Zentrum der Wohlfahrtsminister Vitzthum präsentiert wurde. Schließlich blieb aber bei der interfraktionellen Aussprache der Gedanke ausgeklammelt, daß es sich vorläufig ja doch nur um ein Übergangskabinett handeln könne, dessen Aufgabe es lediglich sein würde, den preussischen Landtag aufzulösen und die Neuwahl durchzuführen.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges, bei dem die absolute Mehrheit erforderlich ist, blieb unentschieden. Dr. Höpfer-Wschöff erhielt 211 Stimmen gegen 176 des Kandidaten der Reichsparteien Dr. Peters und gegen 43 Stimmen, die auf den Kommunisten Pief entfelen. Bei der Stichwahl wurde dann Dr. Höpfer-Wschöff mit 213 von 390 Stimmen gewählt. 43 Stimmen waren ungültig, 2 unbeschrieben.

Es ist noch keineswegs sicher, daß dem Landtag noch in dieser Woche ein neues Kabinett vorgestellt werden kann. Zwar hat die demokratische Fraktion ihrem Mitglied Dr. Höpfer-Wschöff empfohlen, sich zur Wahl zu stellen, nachdem die Kandidatur gescheitert war, aber Höpfer-Wschöff selbst hat noch keineswegs seine Zustimmung über die Annahme der Wahl erklärt. Die Annahme der Wahl käme erst dann in Frage, wenn es ihm gelingt, ein neues Kabinett zu bilden. Aber das ist noch ganz ungewiß, und man muß von vornherein damit rechnen, daß auch Höpfer-Wschöff bei den bekannten Verhältnissen im Landtag nicht mehr Glück haben werde, als sein Vorgänger Marx, so daß er von rechts her keine Unterstützung findet. Er müßte also ein Kabinett der Weimarer Koalition bilden, dem wohl die meisten der jetzt im Amt befindlichen Minister angehören würden und in das vielleicht Otto Braun als Finanzminister eintreten würde. In jedem Fall würde es sich nur um ein Übergangsministerium handeln, das die Regierungsgeschäfte bis zur Auflösung des Landtags zu führen hätte. Der weitere Verlauf der Dinge in Preußen wird natürlich auch von den Vorgängen bei der Reichspräsidentenwahl und vor allem bei der Kandidatenaufstellung beeinflusst werden, so daß irgend etwas Sicheres über die nächste Entwicklung nicht zu sagen ist. Solange Dr. Höpfer-Wschöff das Amt des Ministerpräsidenten nicht angenommen hat, wird der bisherige Ministerpräsident Marx die Geschäfte wie bisher weiterführen, ebenso wie Dr. Höpfer-Wschöff die Geschäfte des Finanzministers weiterhin wahrnehmen wird.

Zur Reichspräsidentenwahl

Reichspräsidentenwahl und Regierungskrise in Preußen

Die Berliner Blätter weisen auf den engen Zusammenhang hin, in dem die Wahl des Ministerpräsidenten in Preußen zu der Stellungnahme der Parteien hinsichtlich der Kandidatenaufstellung für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl steht. Die gestern erfolgte Wahl des Demokraten Höpfer-Wschöff zum preussischen Ministerpräsidenten dürfte noch keineswegs die endgültige Lösung der Preußenkrise gebracht haben, da, wie die „Voss. Ztg.“ erklärt, es noch sehr zweifelhaft sei, ob Höpfer-Wschöff die Wahl annimmt. Für den Fall der Ablehnung hält es das genannte Blatt immer noch für möglich, daß das Zentrum doch noch einer Kandidatur Braun zur preussischen Ministerpräsidentenwahl zustimmen wird, und daß Marx als gemeinsamer Kandidat der republikanischen Parteien für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt werden dürfte. Die Sozialdemokraten scheinen ebenfalls nach den Äußerungen des „Vorwärts“ mit einer derartigen Lösung einverstanden zu sein. Das Blatt schreibt: Nebst man von einer Stabilisierung der preussischen Verhältnisse, dann muß den Sozialdemokraten auch die Rolle zufallen, die ihrer Stärke und Bedeutung entspricht. In Preußen: Weimarer Koalition mit Braun, im Reich: Weimarer Koalition mit Marx.

Die Beratungen der Parteien

Der Zentrumsparteivorstand beschloß am Dienstag, den Ministerpräsidenten Marx wiederum als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Es wurde eine Kommission gebildet, die mit den in Frage kommenden Parteien über eine gemeinsame Kandidatur Marx verhandeln soll. Das Ergebnis dieser Besprechung wird dem am Donnerstag stattfindenden Reichsausschuß der Zentrumsparität vorgelegt werden.

Die Deutsche Demokratische Partei trat am Dienstag um 2 Uhr nachmittags zusammen, um die Reichspräsidentenfrage zu erörtern. — Wie das „V. Z.“ hört, begab sich Staatspräsident Hellsbach auf Wunsch der demokratischen Parteileitung nach Berlin.

Laut „Vorwärts“ wird sich der sozialdemokratische Parteiauschuß am Donnerstag nachmittag zu einer gemeinsamen Tagung der Reichstagsfraktion im Reichstag versammeln. Die dem Reichsblock angeschlossenen Organisationen traten am Dienstag in Berlin zu einer Besprechung der Lage zusammen, in der, wie gemeldet wird, einstimmig die Meinung zum Ausdruck kam, daß für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl wieder Jarres aufgestellt werden soll.

Die Zentrale der kommunistischen Partei beschloß einstimmig für den zweiten Wahlgang wieder Ernst Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen.

Ein Vergleich zum Wahlausfall in Baden

Die Stärke der Weimarer und der Jarresparteien in den Amtsbezirken Badens zeigt folgende vom Karlsruher „Volkfreund“ veröffentlichte Zusammenstellung:

Bezirk	Jarres	Weimar	Bezirk	Jarres	Weimar
Landeskommissariat Karlsruhe					
Bretten	6065	4659	Bruchsal	4456	23767
Bühl	3783	1932	Etlingen	2903	9662
Karlsruhe	38863	54907	Forstheim	31331	27255
Mastadt	8708	32551			
Landeskommissariat Mannheim					
Abelsheim	3580	4930	Buchen	1567	10539
Mannheim	39253	84944	Mosbach	5557	11162
Siebelberg	17227	37162	Sinsheim	7922	9359
Laubersbichhofsh.	4832	11895	Weinheim	4680	6967
Bertheim	3831	3909	Wiesloch	2414	9973
Landeskommissariat Freiburg					
Emmendingen	3229	12673	Freiburg	16308	42263
Rehl	5873	6113	Lahr	6930	16879
Rörsch	6962	9995	Müllheim	3762	3972
Neustadt	1500	9172	Oberkirch	1278	6162
Offenburg	3073	21479	Schoofheim	4665	11067
Staufen	1167	7231	Waldbach	1390	7010
Wolfach	2513	10318			
Landeskommissariat Konstanz					
Donaueschingen	3222	12741	Engen	1316	6433
Konstanz	5550	24023	Meßkirch	1065	5211
Rfulpendorf	836	3203	Säckingen	721	8288
Stodach	1147	6496	Hebersingen	1190	9752
Willingen	3662	15055	Waldshut	3067	14712

Die Zwischenfälle in Berlin am Wahlfesttag. Nach einer Meldung des amtlichen preussischen Pressedienstes hat der Polizeipräsident von Berlin, Dr. Friedensburg, in einem Erlaß an das Kommando der Berliner Schutzpolizei zu den Zwischenfällen, die sich am Wahlfesttag in Berlin ereignet haben, insbesondere zu den Vorfällen bei der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, wo die Farben der Republik geschmätzt worden seien, Stellung genommen. Es würden für den nächsten Wahlfesttag geeignete Maßregeln gegen die Wiederkehr dergleichen Vorfälle und für den Schutz der verfassungsmäßigen Reichsfarben getroffen. Die beiden für die Vorfälle an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche verantwortlichen Polizeioffiziere seien von ihrer gegenwärtigen Dienststelle abgelöst worden.

Mit der Beilage: 26. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Staatsanzeiger

An die Gemeinden, Kreise, Stiftungen, Sparkassen und deren Aufsichtsbehörden.
 Nr. 38629. Steuerabzug vom Arbeitslohn.
 Nach § 39 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn vom 20. Dezember 1923 (Reichsministerialblatt S. 2022) ist hinsichtlich der Abführung der einbehaltenen Lohnsteuerbeträge an die Kasse des Finanzamts bestimmt, daß die in der Zeit vom 1. bis zum 10. eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 15., die in der Zeit vom 11. bis zum 20. eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 25. dieses Monats und die in der Zeit vom 21. bis zum Schluß eines Monats einbehaltenen Beträge bis zum 5. des folgenden Monats abzuführen sind. Diese Bestimmungen gelten auch für die öffentlichen Kassen.
 Auf genaue Einhaltung der vorgeschriebenen Abführungsstermine ist zu achten. Der Herr Reichsfinanzminister macht darauf aufmerksam, daß bei Versäumnis in jedem Falle Verzugszuschläge erhoben und daß Anträge auf Erlaß dieser Zuschläge grundsätzlich ablehnend verbeschieden werden.
 Soweit zugelassen worden ist, daß an Stelle der Steuerbeträge Anerkenntnisse übersandt werden, müssen auch diese zu

den vorgeschriebenen Abführungsterminen dem Finanzamt eingereicht werden.
 Karlsruhe, den 28. März 1925.
 Der Minister des Innern
 Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
 Ernann:

Polizeikommissar Wilhelm Weinkauff zum Polizeioberinspektor, die Wachtmeister bzw. Notknechte Karl Geismann in Konstanz, Heinrich Sadert in Radolfzell, August Grünwald in Eberlingen, Wilhelm Guth in Kenzingen, Josef Ulrich in Eberheim, Karl Schneider in Neustadt, Karl Bernhard in Gernsbach, Hermann Stek in Wertheim und Friedrich Wolf in Weinheim zu planmäßigen Gendarmeriewachtmeistern, Notknecht August Ross in Pforzheim zum planmäßigen Polizeiwachtmeister.

Befördert:
 Polizeihauptmann Emil Sattler von Karlsruhe zur Polizeidirektion Baden, Polizeioberinspektor Kraemer von der Polizeidirektion Baden zur Polizeischule in Karlsruhe, Verwaltungsobersekretär Friedrich Scheiter bei der Weil- und Pflegeranstalt Emmendingen zum Bezirksamts Pforzheim.

Justizministerium
 Zugelassen als Rechtsanwältin.
 die Gerichtsassessorinnen Alfred Kunzmann beim Amtsgericht Lehr und Landgericht Offenburg, Dr. Guido Becker beim Amtsgericht Triberg und Landgericht Offenburg und Alfred Maier beim Landgericht Heidelberg.

Ernannt:
 Gerichtsassessor Karl Eitemann zum Staatsanwalt in Offenburg, Justizassistent Max Dränert beim Amtsgericht Heidelberg zum Justizsekretär, sowie die Kanzleihilfen August Seeger bei der Staatsanwaltschaft Mosbach und Arnold Ebner beim Amtsgericht Waldshut zu Kanzleihilfen.

Befördert:
 Staatsanwalt Dr. Rudolf Straumann in Offenburg nach Freiburg.

Gestorben:
 Geh. Hofrat ord. Professor Dr. Felix Nachfahl an der Universität Freiburg.

Festhalle Karlsruhe
 Sonntag, den 5. April, vormittags 11¹/₂ Uhr
Volks-Sing-Akademie Mannheim e. V.
Das deutsche Volkslied
 a capella-Konzert für gemischten Chor
 circa 500 Damen und Herren unter Leitung von Prof. Arnold Schattschneider
 unter Mitwirkung der Bläservereinigung des Nationaltheater-Orchesters, der Herren Kammermusiker Rich. Lorbeer (Oboe), E. Schmidt (Klarinette), Max Schellenberger (Horn), Otto Lenzer (Fagott) und Prof. Schattschneider (Klavier).
 Mozart, Quintett in Es-dur, Werk 452.
 Karten zu Mk. 3.—, 2.—, 1.— zuzüglich Steuer in der Musikalienhandlung Kaiser- Ecke Waldstr.
Fritz Müller

51 Kronenstrasse 51
Kofferhaus Lämmle
 Aktenmappen, Schulranzen, Damentaschen, Coupékoffer, Berufstaschen, Reisekoffer.
 (E188) Beste Fabrikate.

Möbel
 kaufen Sie in bester Qualität zu billigen Preisen im
Möbelhaus Ernst Gooss
 Kreuzstr. 26. Lagerbestellung ohne Kaufzwang. (E. 99)

Ziehung 1. Klasse 17. u. 18. April 1925
Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie
 55000 Lose, 195000 Gewinne, 2 Prämien
 :: In 5 Klassen im Gesamtbetrag von ::
38 068 600 Mk.
 2 000 000 Mk.
 1 000 000 Mk.
 500 000 Mk.
 300 000 Mk.
 200 000 Mk.
 100 000 Mk. usw.
 Lose zu 3.— 6.— 12.— 24.— Mark für 1/8 1/4 1/2 1/1 Los pro Klasse oder 15.—, 30.—, 60.—, 120.— für alle 5 Klassen Doppelles 48.—, für alle 5 Klassen 240.— Mk.
Badischer Lotterie-Einnehmer Bernhard Goldfarb
 Karlsruhe, Kaiserstraße 131
 :: Ecke Herrenstraße, im Laden des ::
 Herren-Mode-Magazins Josef Goldfarb 186
 Postcheckkonto Karlsruhe 1705

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
 Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Stahlmatratzen, an Private bequeme Bedingungen. Katalog 78 R. frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Eugen von Steffelin
 Fernspr. 261 Karlsruhe Fernspr. 261
Möbeltransport Lager :: Spedition

L. Dörflinger jr.
 Akademiestraße 63 — Telefon 197
Kohlen, Koks Briketts, Holz

Zum Osterfest!
 Niedrige Preise!
 Qualität!
 Große Auswahl!
 in
 Kostümen - Mänteln - Kleidern
 Röcken - Kassaks - Westen usw.
Frau M. Eisenhardt
 Karlsruhe, Kaiserstraße, Ecke Adlerstr.

HERVORRAGEND SIND FORM UND GÜTE DER BAUBUND MÖBEL AM RONDELLPLATZ
 ECKE ERB PRINZEN U. KARL-FRIEDR-STR.
EIGENE VERKAUFSTELLEN:
 KARLSRUHE-KARL-FRIEDRICH-STRASSE 21
 MANNHEIM-SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
 PFORZHEIM-THATERSTRASSE 15
 FREIBURG-METZGERAU 6
 OFFENBURG-STEINSTR. 2
 MOSBACH-HAUPTSTR. 12

Neu! Kreiselspielzeug Neu!
 Originelles Kinderspielzeug — D.R.P. 391528 — Es tanzen gleichzeitig 2 Kreisel
 Generalvertreter für In- und Ausland gesucht
Carl Graf, Freudenstadt (Wttbg.) Holzwarenfabrik, Tel. 232
 Lieferung feinsten handgemalter Andenkenartikel, wie Vasen und Dosen, Stopfen und Stopfpilze, Eierbecher, Serviettenringe usw., Hand- und Automaten-Massenartikel, Täferschindeln (E. 220)

Damen-Rad M. 55.—
 Herren-Rad M. 45.—
 Mädchen-Rad M. 55.—
 Knaben-Rad M. 60.—
 zu verk. durch d. Natl.-Anhalt Kreuzstr. 22 (Baden). (E. 242)

Harmonium
 2 Reg. Mark 238.—
 9 Reg. Mark 297.—
 13 Reg. Mark 411.—
 Zahlungsvereinfachung
 K Frankfurterstr. 948

Strickkleider
 Westen, Kostüme etc. in sol. und luftgewerblicher Ausführung nach Maß rasch u. billig. Eig. Mod. Parzer, Hauptstr. 23, III. Stod.

Wäsche
 wird zum Waschen u. Bügeln bei sorgfält. Behandl. angen.
 Frau Brannschweiler
 Bähringerstr. 82, II. Stod.

LANG
 Kaiserstr. 167 : Tel. 1073
 Salamander-Schuhhaus

Gebisse (Platin)
 kauft Frau Kath. Pfleger, Karlsruhe, Hirschstr. 31 III.

Staatslotterie
 Der einzige Weg, heute Millionär zu werden, ist ein Glücksversuch in der **Preuß.-Südd. Klassenlotterie**
 Höchstgewinne: 2 Millionen R.-M.
 1 Million R.-M.
 500 000.— R.-M.
 300 000.— R.-M.
 200 000.— R.-M. usw.
 insgesamt über 38 Millionen Mark. Jedes dritte Los ein Treffer. Ziehung der 1. Klasse 17. und 18. April 1925.
 Lose zum Preise von
 1/1 1/2 1/4 1/8 Lose
 24.— 12.— 6.— 3.— R.-M.
 sind zu haben bei
Zwerg vorm. Götz
 bad. Lotterie-Einnehmer (E. 231)
 Hebelstr. 11 = Karlsruhe = Waldstr. 38
 Telefon 4828, Postscheckkonto 17808

Zur heiligen Kommunion empfiehlt
Uhren und Goldwaren
 äußerst billig
L. THEILACKER, Uhrmacher
 Hebelstraße 23, gegenüber Café Bauer. (E. 240)

Bevor Sie
 Ihren Bedarf in Betten einkaufen besichtigen Sie erst mein Geschäft.
Großes Lager in: BETTSTELLEN
 lackiert, Matratzen, 3teilig mit Keil aus bestem Material hergestellt
Patent-Feder-Matratzen
 in verschiedenen Mustern. (E. 183)
 Kein Ladengeschäft. Allerbilligste Preise.
Gottfried Klettenheimer
 Markgrafenstr. 52, nächst d. Rondellplatz.

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von **Stoppdecken u. Daunendecken** empfiehlt sich
Paula Schneider
 Adlerstr. 5 Karlsruhe
Fortassestorielle.
 Die Fürst. Fürstbergische Verwaltung sucht zum alsbaldigen Eintritt einen unverheirateten
Fortassestorielle
 für Forteinrichtung und Aufhülfsdienste. Gehaltsverhältnisse nach Vereinbarung. Bewerbungen wollen unter Angabe der persönlichen Verhältnisse mit Zeugnissen belegt bis Montag, den 20. April d. J. bei Fürstlicher Kammer in Donaueschingen eingereicht werden. (E. 224)
 Fürstlich Fürstbergische Kammer.
Badisches Landestheater
 Donnerstag, den 2. April 1925
 Zu halben Preisen:
Jar und Zimmermann
 Komische Oper in drei Akten. Text und Musik von Albert Lortzing.
 Musik. Leitung: Gg. Hofmann.
 Spielleitung: Carl Stang.
 Personen:
 Peter der Erste Heiser
 Ivanow dan Bett Peter
 Marie Glas
 General Befort Meyer
 Bobb Syndham Dr. Wucher
 pfeinlig
 Marquis v. Chateaufort
 Witwe Bronn Josef-Lomisch
 Ein Offizier Kainbach
 Ein Kutscher Kitten
 Anfang 7 Uhr
 Ende 10 Uhr
 Sperrst. I. Abt. III. 3.50.